

TRANSFORM
Drug Policy Foundation



KURZFASSUNG

Cannabis Regulieren

Ein Praxisleitfaden

DRITTE AUFLAGE
AKTUALISIERT & ERWEITERT

Über die Autor*innen

Transform Drug Policy Foundation

Transform ist eine unabhängige, gemeinnützige Organisation mit Sitz in England, die sich für eine Welt einsetzt, in der die Drogenpolitik die Gesundheit fördert, Personen in schwierigen Lebenslagen schützt und die Sicherheit der Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Um dies zu erreichen, informiert *Transform* die Öffentlichkeit und politische Entscheidungsträger*innen über effektive Drogenpolitik, entwickelt praktikable Alternativen zur Prohibition, gibt denjenigen eine Stimme, die direkt von den Fehlern der Drogenpolitik betroffen sind, und unterstützt führende Politiker*innen und Fachleute vor Ort bei der Umsetzung von Verbesserungen.

Unser gegenwärtiges System der Drogenprohibition bleibt hinter allen Erwartungen und Ansprüchen zurück. *Transform* ist daher der Ansicht, dass die derzeit illegalen Drogen durch ein risikobasiertes Lizenzsystem legalisiert werden sollten.

Neben den langfristigen Zielen engagiert sich *Transform* aktiv für pragmatische Veränderungen in der Drogenpolitik, die jeden Tag Leben retten können. Dazu gehören Entkriminalisierung, Maßnahmen zur Reduzierung von Kontakten mit Polizei und Justiz, Drogenkonsumräume und Drug-Checking.

Der Schaden, den die Drogenpolitik verursacht, betrifft Menschen in der gesamten Gesellschaft. Mit der Kampagne *Anyone's Child* gibt *Transform* Menschen, die das Scheitern der Drogenpolitik unmittelbar erfahren haben, Gelegenheit, sich Gehör zu verschaffen.

TRANSFORM
Drug Policy Foundation

Die Transform Drug Policy Foundation ist eine im Vereinigten Königreich eingetragene gemeinnützige Organisation (#1100518) und Gesellschaft mit beschränkter Haftung (#4862177)

Das Buch

Aktuelles zum Buch und kostenloser PDF-Download: www.legalisierung.info

Alle Sprachfassungen des Leitfadens und weitere Veröffentlichungen von Transform im Überblick: www.transformdrugs.org/publications/

Die Herausgeber der deutschsprachigen Ausgabe

#MyBrainMyChoice Initiative

Projektleitung und Übersetzung. Mit ehrenamtlich organisierten Projekten sowie bundesweiten und internationalen Kooperationen setzt sich die #MyBrainMyChoice Initiative seit 2017 für die Entkriminalisierung von Personen, die illegale Drogen nehmen, und die Beendigung des Drogenkriegs ein.

**#MY
BRAIN
MY
CHOICE**

akzept e. V.

Der Co-Herausgeber *akzept e. V.* engagiert sich seit 1990 für akzeptierende Drogenarbeit und eine humane Drogenpolitik. Der Bundesverband ist ein interdisziplinärer Zusammenschluss von 55 Einrichtungen der Drogen-, Sucht- und AIDS-Hilfe, der Selbsthilfe und anderer Verbände sowie 140 Einzelpersonen.



Dank

Die deutschsprachige Veröffentlichung des Buchs wurde durch eine Förderung der Stiftung Open Society Institute in Kooperation mit den Global Programs der Open Society Foundations ermöglicht. Dank dieser Förderung ist das Buch dauerhaft kostenlos für alle als PDF zugänglich).

Für die Finanzierung dieses Nachdrucks der Kurzfassung danken wir dem Expert*innen-Netzwerk *Schildower Kreis* und den #MyBrainMyChoice-Unterstützer*innen Der Ändi, Dirk G., Gesine, Goeran, Jan-Pieter, Lukas A. Basedow, Markus, Pascal Roth, Sigi und Woodfellaz.



Kontakt

leitfaden@mybrainmychoice.de

Die Herausgabe des Buchs wird außerdem unterstützt von:



Einführung

Dies ist die dritte Auflage unseres Praxisleitfadens zur Regulierung legaler Märkte für die nichtmedizinische Verwendung von Cannabis. Er richtet sich an politische Entscheidungsträger*innen, Befürworter*innen von Reformen und interessierte Menschen weltweit, die beobachten, wie sich die legale Regulierung von Cannabis von einem Randthema zu einem zentralen Gegenstand politischer Debatten entwickelt. Die Frage lautet nicht mehr nur: „Sollten wir die Cannabisprohibition aufrechterhalten?“ oder „Wie wird die legale Regulierung in der Praxis funktionieren?“, sondern auch: „Was können wir aus den bisherigen Legalisierungsbestrebungen lernen?“.

Transform veröffentlichte erstmals *Cannabis regulieren: Ein Praxisleitfaden* im Jahr 2013, kurz nachdem Colorado und Washington auf bundesstaatlicher Ebene Gesetze zur Legalisierung von Cannabis verabschiedet hatten und kurz bevor der lizenzierte Verkauf von Cannabis begann. Seitdem hat sich die cannabispolitische Landschaft grundlegend verändert. Neben einer stetig wachsenden Zahl von Gesetzesinitiativen zur Legalisierung von Cannabis auf bundesstaatlicher Ebene in den USA, die inzwischen eine zweistellige Zahl erreicht haben, wurden andernorts auch Schritte auf nationaler Ebene unternommen: In Uruguay, Kanada, Mexiko und Malta sowie in Staaten, die sich im Prozess dorthin befinden, darunter Luxemburg, die Schweiz, Deutschland, Israel, Südafrika und Staaten in der Karibik. *Transform* war von Anfang an dabei und hat zusammen mit seiner Partnerorganisation *México Unido Contra la Delincuencia* die Regierung von Uruguay bei der Ausarbeitung des Entwurfs zur Regulierung von Cannabis beraten. Seither sind weitere Länder an uns herantreten, um unsere Expertise bei der Entwicklung neuer politischer Rahmenbedingungen für den Umgang mit Cannabis in Anspruch zu nehmen.

Die Reformen schreiten rasch voran. Wir nähern uns schnell einer halben Milliarde Menschen, die in Regionen leben, in denen Cannabis legal ist. Die hinzugewonnenen Erkenntnisse aus jenen neuen legalen Märkten wurden in diese aktualisierte und erweiterte Auflage eingearbeitet, einschließlich detaillierter neuer Kapitel über Programme zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit, die Tilgung von Vorstrafen und Maßnahmen zur Begrenzung einer potenziellen Überkommerzialisierung und Monopolisierung des Marktes bzw. eines damit einhergehenden unverhältnismäßigen Einflusses einiger weniger marktbeherrschender Unternehmen auf die Politik.

Um bei den wichtigsten Herausforderungen, die mit der Entwicklung und Umsetzung eines wirksamen Regulierungsansatzes verbunden sind, Hilfestellung zu bieten, hat *Transform* für diejenigen, die sich mit der Cannabispolitik befassen, in internationaler Zusammenarbeit mit Kolleg*innen diesen Praxisleitfaden erstellt – für eine Welt, in der die Drogenpolitik die Gesundheit fördert, Personen in schwierigen Lebenslagen schützt und die Sicherheit der Menschen in den Mittelpunkt stellt.

- » **Abschnitt 1** stellt die konzeptionellen Grundlagen eines verantwortungsvollen Regulierungsansatzes vor.
- » **Abschnitt 2** behandelt die Einzelheiten der verschiedenen zu regulierenden Bereiche eines Cannabismarkts einschließlich der wichtigsten Herausforderungen und allgemeinen Empfehlungen für bewährte Vorgehensweisen.
- » **Abschnitt 3** befasst sich mit spezifischen Themen, die parallel zu den allgemeineren Fragen der Marktregulierung auf nationaler und internationaler Ebene im Zusammenhang mit Cannabis auftreten.

Die Debatte über die Legalisierung und Regulierung von Cannabis wird seit seinem Verbot geführt. Aber sie nähert sich schließlich ihrem Ende. Die Befürwortung eines auf Strafe setzenden prohibitionistischen Ansatzes nimmt rapide ab, während pragmatische Reformen in der politischen Öffentlichkeit entscheidend an Zuspruch gewinnen.

Eine zentrale Lehre aus den bisherigen Legalisierungen ist die Notwendigkeit frühzeitig zu handeln. Wenn die rechtlichen Rahmenbedingungen nicht von Anfang an ausreichend gestaltet werden, um eine Überkommerzialisierung und Monopolisierung zu verhindern und einen fairen Marktzugang zu fördern, wird es der Politik später wahrscheinlich schwer fallen, umzusteuern. Daher

fordern wir die für die Regulierung Verantwortlichen auf, die Empfehlungen dieses Leitfadens ernsthaft zu beachten und sorgfältig zu prüfen, wie eine Cannabispolitik entwickelt werden kann, die den auf dem Weg zur Reform gegebenen Versprechungen gerecht werden kann. Wir hoffen, dass die detaillierten Auseinandersetzungen dieses Leitfadens zu einer für alle gelingenden Cannabislegalisierung verhelfen können.

Ziele und politische Strategien

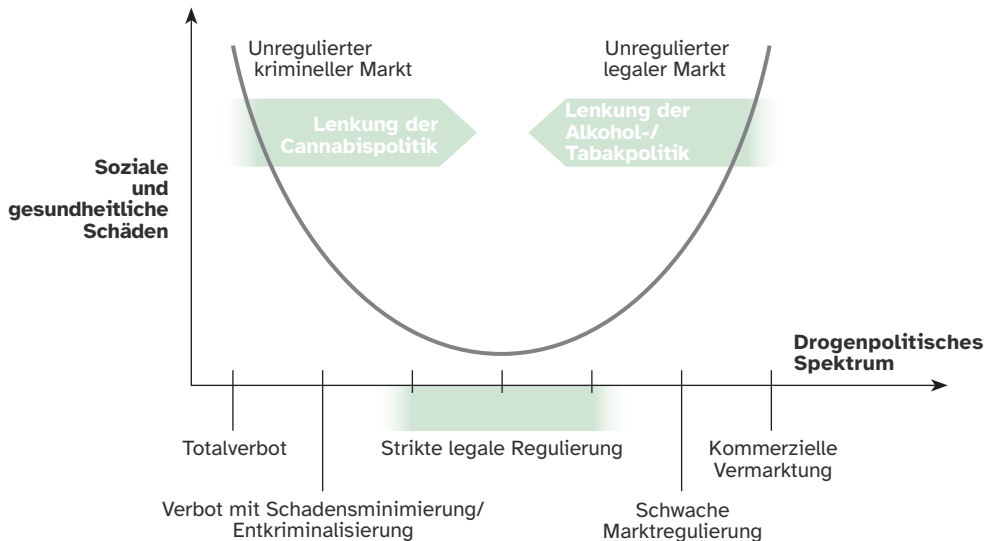
Im Unterschied zu den vage gehaltenen ideologischen oder politischen Absichten der Prohibition haben wir folgende Ziele für eine wirksame Cannabispolitik definiert:

- » Achtung, Schutz und Förderung der Menschenrechte
- » Schutz und Förderung der öffentlichen Gesundheit
- » Förderung der sozialen Gerechtigkeit, Verbesserung der globalen Entwicklungsperspektiven und Einbeziehung der Personen und Gruppen, die am stärksten von der Verbotspolitik benachteiligt wurden, in die Entwicklung von Gesetzen und öffentlichen Programmen
- » Eindämmung von Kriminalität, Korruption und Gewalt im Zusammenhang mit Drogenhandel
- » Schutz vor übermäßigem Einfluss der Privatwirtschaft auf die Gesetzgebung
- » Begrenzung der Anreize, Gewinne aus problematischem Cannabisgebrauch zu erzielen
- » Schutz junger und vulnerabler Personen vor möglichen Schäden
- » Festlegung klarer Kennzahlen zur Messung von Entwicklungen und Bestimmung von Erfolg sowie die Einbindung von Evaluationsverfahren

Das breite Spektrum der Möglichkeiten, Cannabis zu regulieren, reicht von der Prohibition (mit einer mehr oder weniger strikten Strafverfolgung) über verschiedene Regulierungsmodelle mit einem unterschiedlichem Grad an staatlicher Lenkung bis hin zu im Kern unregulierten freien Märkten. Die Regulierungsmodelle in der Mitte des drogenpolitischen Spektrums zwischen den Extremen des Totalverbots und den unregulierten freien Märkten eignen sich am besten zur Erreichung der oben genannten Ziele.

Bei den Optionen am jeweiligen Rand des Spektrums handelt es sich um grundsätzlich unregulierte Märkte, die entweder von kriminellen oder legal

tätigen Unternehmen kontrolliert werden und in denen Regierungen die Möglichkeit verloren haben, zu intervenieren und sicherzustellen, dass diese Ziele erreicht werden. Dagegen kann der Staat in gesetzlich regulierten Systemen auf unterschiedliche Weise eingreifen.



Cannabis regulieren: Ein Praxisleitfaden ist in Kapitel gegliedert, die jeden Bereich der Regulierung und die verfügbaren Instrumente zur Regulierung behandeln. Die Analyse stützt sich auf Erkenntnisse aus verwandten Politikbereichen – insbesondere aus dem Arzneimittelrecht – und auf existierende Modelle zur Regulierung von medizinischem und nichtmedizinischem Cannabis. Der Leitfaden befasst sich mit den häufigsten Bedenken und wichtigsten Herausforderungen im Zusammenhang mit der Reform der Cannabispolitik, von der Produktion, Besteuerung und dem Wirkpotenzial bis hin zu Eintragungen im Strafregister, Einflussnahme des Privatsektors auf politische Prozesse und Chancengleichheit.

Die zentralen Schlussfolgerungen des Leitfadens

- » **Minimierung des Risikos einer Überkommerzialisierung** – Die Geschichte der legalen Drogenmärkte ist voll von Beispielen, in denen kommerzielle Interessen über die öffentliche Gesundheit gestellt wurden. Die für die Regulierung verantwortlichen Akteure sollten aus diesen Erfahrungen lernen und sicherstellen, dass der legale Cannabis-handel gegen Manipulationen durch kommerzielle Interessen resistent ist.
- » **Soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt politischer Gestaltung und Umsetzung** – Die Politik sollte nicht nur sicherstellen, dass die Vorteile der Reformen gerecht verteilt werden und die Ungerechtigkeiten der Vergangenheit nicht fortgeschrieben werden, sondern sich auch mit dem verheerenden Erbe des Drogenkriegs auseinandersetzen: durch die Tilgung von Eintragungen im Zentralregister und durch die Förderung der politischen und wirtschaftlichen Teilhabe von gesellschaftlichen Gruppen, die durch die Verbotspolitik unverhältnismäßig stark benachteiligt wurden.
- » **Zentrale Rolle der Wissenschaft im politischen Entscheidungsprozess** – Cannabispolitik sollte nicht von Ideologien oder politischen Interessen geleitet werden, sondern auf wissenschaftlichen Erkenntnissen darauf beruhen, wie mögliche Schäden minimiert und mögliche Vorteile bei der Herstellung und dem Gebrauch von Cannabis maximiert werden können.
- » **Vorsicht ist besser als Nachsicht** – Die Cannabisregulierung sollte zumindest anfangs im Zweifel eher zu restriktiv als zu locker gefasst sein. Auch hier zeigt die Erfahrung mit Alkohol und Tabak, etablierte und kulturell verankerte Rahmenbedingungen wieder zu verschärfen, aufgrund des Widerstandes der Industrie nur schwer durchsetzbar sind.

Zur konkreten Ausgestaltung der Regulierung

a Produktion

- » Die Regulierung der Produktion sollte im Kern zwei Ziele verfolgen: die Garantie von Produktsicherheit und -qualität durch geeignete Testverfahren, Evaluation und Überwachung der Produktionsprozesse und die Absicherung der Produktionssysteme, um Abzweigungen auf unregulierte, illegale Märkte vorzubeugen.
- » Legale Cannabisproduktion kann verschiedene Formen annehmen – in kleinerem Maßstab als Eigenanbau und in sogenannten „Cannabis Social Clubs“ (Anbauclubs) oder in größerem Maßstab als gewinnorientierte Unternehmen, die einer mehr oder weniger starken staatlichen Aufsicht unterliegen können. Jedes Modell bringt seine eigenen Herausforderungen mit sich. Funktionierende Beispiele für die meisten Varianten – mit guten und schlechten Praktiken in Bezug auf Chancengleichheit und Nachhaltigkeit – sind bereits an verschiedenen Orten der Welt im Gange.
- » Da sich die Marktmodelle zunehmend von der heimischen Produktion hin zum internationalen Handel entwickeln, ist es wichtig, Regulierungen im Sinne der nachhaltigen Entwicklung zu prüfen; die Auswirkungen von Cannabisreformen auf die Entwicklung der traditionellen Anbauregionen dürfen nicht vernachlässigt werden.

b Preis

- » Die politische Preisbildung ist ein wichtiges und flexibles Instrument zur Beeinflussung der Dynamik legaler Cannabismärkte, sollte aber mit Bedacht eingesetzt werden, um das Risiko unvorhersehbarer oder negativer Auswirkungen auf die Funktionsweise des Marktes zu verringern.
- » Bei der Regulierung von Preisen müssen oft widersprüchliche Prioritäten gegeneinander abgewogen werden, beispielsweise zwischen dem Wunsch, den Gebrauch weniger attraktiv zu machen (durch höhere Preise) und dem Wunsch, den Anteil der illegalen Märkte zu verringern (durch niedrigere Preise).
- » Eine sorgfältige Evaluation ist für die Entwicklung der Preispolitik von entscheidender Bedeutung. Anpassungen müssen sich aus den gewonnenen Erkenntnissen über Veränderungen im Konsumverhalten und lokalen Anforderungen ableiten.

c Steuern

- » Es gibt eine Reihe von Möglichkeiten, wie über einen legalen Cannabismarkt Steueraufkommen generiert werden kann. Sie müssen jedoch darauf ausgerichtet sein, die oben genannten übergeordneten politischen Ziele zu unterstützen, statt sie zu untergraben.
- » Der Gesamtbetrag des Steueraufkommens hängt vom gewählten Modell und der Größe des steuerpflichtigen Marktes ab. Die Veränderungen, die bei beiden im Laufe der Zeit möglicherweise vorgenommen werden, lassen Vorhersagen über die Höhe des Gesamtbetrags nur schwer zu.
- » Die Maximierung des Steueraufkommens sollte nicht die vordergründige politische Motivation sein; das Steueraufkommen sollte eher als willkommener Zusatznutzen betrachtet werden.
- » Ein System, das sowohl die Produktion als auch den Verkauf besteuert – wobei der THC-Gehalt nach Gewicht die zu besteuernde Einheit darstellt – ist ein sinnvoller Ausgangspunkt für die Diskussion. Die Modelle müssen jedoch den Erfordernissen und konkreten Gegebenheiten des jeweiligen politischen Kontexts und den bestehenden steuerlichen Regelungen angepasst werden.

- » Eine Zweckbindung staatlicher Einnahmen an Sozialausgaben mag zwar politisch reizvoll sein, kann in der Praxis jedoch zu Problemen führen.

d Zubereitung und Konsumform

- » Da Cannabis auf vielfältige Weise verarbeitet und unterschiedlich konsumiert werden kann, müssen Regulierungsmodelle unter Berücksichtigung der lokalen Gebrauchsmuster entwickelt werden.
- » Die Risiken des Cannabisgebrauchs hängen von Zubereitung, Dosierung, Wirkpotenzial und Konsumform ab. Die Regulierung kann die Risiken verringern, indem sie die Verwendung von Produkten fördert, die harmloser sind, insbesondere solcher, die weniger stark sind; indem sie weniger schädliche Konsumformen unterstützt, speziell solche, bei denen nicht geraucht wird, wie bei der Verwendung von Verdampfern ('Vaporizer'); und indem sie sicherere Umgebungen für den Cannabisgebrauch schafft.

e Stärke/Wirkpotenzial

- » Die Wirkstärke von Cannabis bemisst sich der Natur nach anders als bei alkoholischen Getränken, da es mehr als eine psychoaktive Komponente enthält (wobei sich das Verhältnis der Komponenten zueinander auf das subjektive Erleben und die Risiken auswirkt) und auf unterschiedliche Weise konsumierbar ist (was sich auf die Geschwindigkeit des Wirkungseintritts, die Wirkdauer und die gesamte Erfahrung auswirkt).
- » Risiken, die durch das Wirkpotenzial bedingt sein können, lassen sich durch das Testen und Überwachen von Produkten, eine deutlich erkennbare und exakte Etikettierung, einen verantwortungsvollen Verkauf und die Aufklärung über wirkstoffbedingte Risiken und verantwortungsvollen Gebrauch verringern.
- » Dieses Maßnahmen-Paket ist wahrscheinlich zielführender und mit weniger Problemen verbunden als der Versuch, willkürliche Wirkstoff-Obergrenzen festzulegen – insbesondere, wenn diese zu niedrig angesetzt sind.

f Verpackung

- » Die Verpackung sollte in erster Linie kindersicher sein, um die Gefahr eines versehentlichen Verschluckens zu minimieren.
- » Darüber hinaus sollte die Verpackung fälschungssicher sein, eine angemessene Menge an Produktinhalt und Sicherheitsinformationen enthalten und die Frische des Produkts bewahren.
- » Bei der Regulierung der Cannabis-Produktverpackungen sollten die Erkenntnisse aus den politischen Versäumnissen bei den Alkohol- und Tabakverpackungen herangezogen werden. Beide zielen seit jeher darauf ab, den Gebrauch insbesondere unter jungen Menschen zu fördern oder zu initiieren.
- » Bewährte Verpackungstechnologien für Lebens- und Arzneimittel können den Anforderungen an das Verpacken von Cannabisprodukten leicht angepasst werden.
- » Anforderungen an die Umweltverträglichkeit sollten verbindlich auferlegt werden.

g Verkauf

- » Weil das Verkaufspersonal über den jeweiligen Zugang von Personen zu Cannabis entscheidet („Gatekeeper“), sind Vorschriften nötig, die dafür sorgen, dass die Droge so sicher und verantwortungsvoll wie möglich angeboten wird.
- » Der Verkauf sollte daher durch eine Lizenzvergabe (bzw. -widerruf) reguliert werden und daran gebunden sein, dass die Zugangskontrollen (insbesondere Alterskontrollen) ordnungsgemäß durchgeführt und den Kund*innen ausreichend Produkt- und Sicherheitsinformationen oder auch weitere Arten der Beratung zugänglich gemacht werden.
- » Der Vorrang kommerzieller Interessen kann den verantwortungsvollen Verkauf untergraben. Um wirksam zu sein, muss ein Lizenzsystem daher strikt durchgesetzt und Verkaufsschulungen müssen verpflichtend vorgeschrieben werden.
- » Die Zielsetzung der Chancengleichheit muss von vornherein in der Gesetzgebung verankert werden, einschließlich einer Vergabepolitik, welche den Marktzugang für durch die Prohibition ungleich stärker

geschädigten Personengruppen und für kleinere Unternehmen fördert – begleitet durch Schulungen sowie technische und finanzielle Hilfen –, um eine Überkommerzialisierung und Monopolisierung des Marktes zu verhindern und einen vielfältigen Markt zu gewährleisten.

h Erwerb und Gebrauch

- » Zugangsbeschränkungen für Käufer*innen umfassen: Alterskontrollen, Verhinderung von Großeinkäufen (d. h. Festlegung von Obergrenzen für die Einkaufsmenge pro Kopf) und Einschränkungen, wann und wo der Cannabisgebrauch stattfinden darf.
- » Wo die Altersgrenze für den Zugang zu Cannabis festgesetzt werden sollte, hängt von den jeweiligen Rahmenbedingungen eines Landes ab, aber 18 Jahre entspricht häufig den Altersbeschränkungen für Alkohol und Tabak. Altersgrenzen für den Zugang zu Cannabis müssen strikt durchgesetzt werden, um wirksam zu sein, und sollten durch evidenzbasierte Präventions- und Aufklärungsprogramme begleitet werden.
- » Die Bestimmungen über die für das Rauchen/Verdampfen („Vaporisieren“) von Cannabis gestatteten Orte sollten denjenigen entsprechen, welche derzeit für das Rauchen/Verdampfen von Tabak in der Öffentlichkeit gelten.

i Verkaufsstellen

- » Die Bestimmungen für physische Verkaufsstellen – in Bezug auf Standort, Öffnungszeiten, Erscheinungsbild und geografische Dichte – sollten ein ausgewogenes Verhältnis herstellen zwischen einerseits der Erreichung eines Angebotsniveaus, welches die Nachfrage von Erwachsenen deckt und das Angebot auf dem illegalen Markt reduziert und andererseits der Vermeidung lokaler Überschüsse und eines hierdurch möglichen Anstiegs des Verbrauchs.
- » Das Erscheinungsbild der Verkaufsstellen sollte zweckmäßig und nicht verkaufsfördernd gestaltet sein.
- » Die Vorschriften für Gaststätten, die den Konsum vor Ort erlauben und eine gemütliche und einladende Atmosphäre brauchen, sollten sich auf

Bestimmungen über die Außenbeschilderung und die Produktpräsentation in den Innenräumen fokussieren.

- » Der Verkauf über das Internet bedarf einer besonderen behördlichen Beaufsichtigung und Lizenzierung. Ansonsten sollte die Regulierung nach den gleichen Grundsätzen erfolgen wie beim Verkauf in Geschäften, bei der Vermarktung etc.

j Vermarktung

- » Die Erfahrungen mit Alkohol und Tabak lehren, wie sich Marketing dazu verwenden lässt, den Gebrauch zu initiieren, zu fördern und zu riskantem Verhalten zu motivieren. Gezeigt wurde jedoch auch, dass strikte Regulierungen derartige Auswirkungen wirksam eindämmen können.
- » Ein umfassendes Verbot aller Marketingaktivitäten (wie im Rahmenübereinkommen zur Eindämmung des Tabakgebrauchs der Weltgesundheitsorganisation vorgesehen) muss unbedingt umgesetzt werden. Teilverbote sind wahrscheinlich weit weniger wirksam. Tabakunternehmen behalten bei solchen Einschränkungen ihre Ausgaben für Werbung bei und leiten schlichtweg mehr Geld in die weiterhin zugelassenen Vermarktungsaktivitäten um.

Zentrale Herausforderungen

a Eintragungen im Zentralregister

- » Vorstrafen sorgen für ein andauerndes Stigma, das Perspektiven im Berufs- und Privatleben einschränkt.
- » Die Tilgung von Eintragungen für vormals illegale Tatbestände aus dem Zentralregister ist ein wichtiger Bestandteil der Auseinandersetzung mit dem schädlichen Vermächtnis der Prohibition, der Anerkennung vergangenen Unrechts und der Wiedergutmachung des ungleich größeren Schadens, der Minderheiten zugefügt wurde.
- » Ein Verfahren zur automatischen und vollständigen Tilgung von Eintragungen sollte in jedem Reformprozess von vornherein gesetzlich verankert werden und in der Verantwortung der zuständigen Behörden, also nicht der einzelnen berechtigten Personen, liegen.

b Einflussnahme durch marktdominierende Konzerne

- » Eine privatwirtschaftliche Interessensverschiebung im politischen Prozess und die Entstehung privatwirtschaftlicher Monopole würde die Entwicklung einer wirksamen Gesetzgebung im Sinne der Öffentlichen Gesundheit und Verwirklichung der Ziele sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit untergraben.

- » Die Risiken einer Überkommerzialisierung und privatwirtschaftlichen Monopolisierung können durch die folgenden Maßnahmen reduziert werden: Aufnahme einer Regelung über eine gerechte Vergabe von Lizenzen in die initiale Gesetzgebung; Begrenzung der Anzahl der Einzelhandels- und Produktionslizenzen pro Unternehmen; Beschränkung der Beteiligung von Akteuren aus der Alkohol- und Tabakindustrie an den neu entstehenden Cannabismärkten; Einführung von Mechanismen zur Aufsicht der Lobbyarbeit von Unternehmen; Gewährleistung der Koordination internationaler Zusammenarbeit, um sicherzustellen, dass der entstehende legale Cannabishandel die Ziele der nachhaltigen Entwicklung unterstützt.

c Cannabis im Straßenverkehr

- » Die mit dem Fahren unter Drogeneinfluss verbundenen Risiken für Fahrende, Mitfahrende und andere Verkehrsteilnehmende rechtfertigen die Einstufung als besonderes Delikt und eine Staffelung von möglichen Sanktionen für Zuwiderhandelnde – verbunden mit Mitteln zur allgemeinen Aufklärung über die Risiken und rechtlichen Folgen.
- » Die genaue THC-Konzentration im Blut ist ohne Labor schwer bestimmbar und der Zusammenhang zwischen der Konzentration im Blut und der Beeinträchtigung der Fahrtüchtigkeit weniger eindeutig als der entsprechende Zusammenhang bei Alkohol – was die Durchsetzung von Richtlinien erschwert.
- » Angesichts dieser Problematik empfehlen wir eine Vorgehensweise, die sich an der Wirkung bemisst. Körperflüssigkeiten sind nur dann zu untersuchen, wenn der aktuelle Konsum im Anschluss an einen erfassten Verkehrsverstoß festgestellt werden soll oder wenn ein standardisierter Nüchternheitstest, der geeignet ist, cannabisbedingtes Verhalten zu messen, Hinweise auf Beeinträchtigungen gegeben hat.
- » Der Grenzwert für die THC-Konzentration im Blut, ab dem Staatsanwaltschaften vernünftigerweise davon ausgehen können, dass eine Person am Steuer kürzlich Cannabis konsumiert hat, sollte anhand der besten derzeit verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnisse bestimmt werden. Aktuell wird in der Fachliteratur davon ausgegangen, dass ungefähr sieben bis zehn Nanogramm THC pro Milliliter Blut ein angemessener Wert für die Festlegung des Grenzwerts ist.

- » Der Mischkonsum von Alkohol und Cannabis stellt ein weitaus größeres Sicherheitsrisiko dar und sollte mit niedrigeren Grenzwerten für beide verbunden werden.
- » Null-Toleranz-Grenzwerte bzw. Sanktionen für die generelle Auffindbarkeit von Kleinstmengen THC im Blut sollten unterlassen werden, da sonst auch Personen, die unbeeinträchtigt fahren, strafrechtlich belangt werden.

d Abgrenzung zum Regulierungssystem für den medizinischen Cannabisgebrauch

- » Es braucht eine klare Unterscheidung zwischen den politischen und rechtlichen Herausforderungen bezüglich medizinischer und nichtmedizinischer Cannabisprodukte, damit die parallel laufenden und sich überschneidenden Entwicklungen in der Forschung und Politik einander unterstützen statt beeinträchtigen.
- » Die beiden Bereiche wurden oft miteinander vermischt, aber obwohl dies in manchen politischen Belangen sicherlich nützlich sein konnte, verbergen sich in diesem Ansatz auch praktische und politische Risiken. Sofern es keinen ausdrücklichen Grund für eine Überschneidung gibt, empfehlen wir, die Bereiche so weit wie möglich zu trennen.

e Synthetische Cannabinoide

- » Es ist vergleichsweise wenig über die steigende Anzahl von über 100 identifizierten synthetischen Cannabinoiden (neuartige psychoaktive Substanzen, die einigen Wirkungsweisen von Cannabis ähneln) und die unregulierten Produkte, die sie enthalten, bekannt. Sie sind jedoch oft hochpotent und mit größeren Risiken verbunden als Cannabis.
- » Synthetische Cannabinoide für den nichtmedizinischen Gebrauch sollten grundsätzlich von einem System der legalen Cannabisregulierung ausgenommen werden. Der Besitz sollte jedoch nicht sanktioniert,

sondern geeignete Maßnahmen zur Schadensminimierung und Behandlung zugänglich gemacht werden.

- » Die Ausbreitung des Marktes für synthetische Cannabinoide wurde durch das Cannabisverbot angetrieben und wird mit der Beendigung des Cannabisverbots maßgeblich zurückgehen.

f „Cannabistourismus“

- » Die Möglichkeit, dass die legale Verfügbarkeit von Cannabis zu einer Zunahme des grenzüberschreitenden Tourismus oder Transports zwischen Ländern, in denen Cannabis legal ist, und Ländern, in denen Cannabis verboten ist, führen könnte, ist ein reales, wenn auch häufig überschätztes Problem.
- » Tourismus in Verbindung mit Cannabis ist vergleichsweise unproblematisch und kann den Reisezielen wirtschaftliche Vorteile bringen.
- » Vor allem in föderalistischen Regionen mit offenen Grenzen zwischen Ländern, die unterschiedliche Regelungen haben (wie in den USA und der EU), ist ein punktuelles länderübergreifendes Mitführen ein erwartbares Problem, das jedoch pragmatisch und ohne hohe Schwellen für den Zugang zu den Abgabestellen oder teure und wahrscheinlich kontraproduktive Grenzüberwachung gelöst werden kann.
- » Es handelt sich wahrscheinlich um ein kleines und lokal begrenztes Problem, das mit der Zeit abnehmen wird, je mehr Länder dazu übergehen, Cannabis zu regulieren.

g Cannabis und die Einheitsübereinkommen der Vereinten Nationen

- » Das veraltete, unflexible und kontraproduktive globale Drogenkontrollsystem – in Form der drei UN-Konventionen und ihren zugehörigen Organisationen – ist über 50 Jahre alt und bedarf einer längst überfälligen, sinnvollen Reform.

- » Ihre derzeitige Formulierung verbietet regulierte Cannabismärkte für nichtmedizinische Zwecke, aber der Wille einer wachsenden Zahl von Staaten, diese Märkte zu öffnen, treibt die Debatte voran.
- » Mechanismen zur Reformierung der UN-Konventionen – Anpassung, Erweiterung, Ersetzung u. a. – sind in den Konventionen vorgesehen, können aber von Mitgliedsstaaten mit einem Veto blockiert werden.
- » Es braucht wahrscheinlich einseitige oder zwischen Gruppen gleichgesinnter Staaten koordinierte Maßnahmen, um umfassende Strukturreformen zu veranlassen. Die Handlungsspielräume der Staaten sind: Austritt aus einem oder mehreren Verträgen; Austritt und Wiedereintritt unter Vorbehalt zu bestimmten Artikeln; Ausloten von Optionen für Reformen zwischen gleichgesinnten Staaten; oder vorübergehend Einnahme einen „respektvollen“ Status der Nichteinhaltung, während multilaterale Reformvorschläge ausgelotet werden.
- » Alle Optionen, die den Mitgliedstaaten zur Verfügung stehen, stellen komplexe rechtliche und diplomatische Herausforderungen dar und sind mit realen (wenn auch abnehmenden) politischen Kosten verbunden. Trotz der diplomatischen und institutionellen Trägheit ist jedoch festzustellen, dass die Versäumnisse der Cannabisprohibition sowohl innerhalb der Mitgliedstaaten als auch auf internationaler Ebene das Kräfteverhältnis allmählich zugunsten von Reformen verschieben.

„Dieser Leitfaden ist eine weltweit unverzichtbare Lektüre für politische Akteure, die erkannt haben, dass die Cannabisprohibition gescheitert ist. In umfassendem Detail werden pragmatische und evidenzbasierte Ansätze für die Regulierung der weltweit am häufigsten gebrauchten illegalen Droge erörtert.“

Prof. David Nutt

Vorsitzender von Drug Science

„Dieser Leitfaden ist nicht nur relevant für Regulierungsbefürworter*innen, sondern eignet sich auch für Kritiker*innen einer Regulierung und Befürwortende der Fortsetzung einer Verbotspolitik mit mildereren Sanktionen. Eine Entkriminalisierung der Konsument*innen reicht nicht aus, um den schädlichen Auswirkungen der Prohibition und des damit verbundenen illegalen Marktes etwas entgegenzusetzen.“

Prof. Dr. Heino Stöver und Urs Koethner

akzept e. V.

„Die Autoren geben daher umfassende Empfehlungen, wie die Teilhabe vieler verschiedener Personen und kleiner Unternehmungen am neu entstehenden Markt zu fördern ist. Daneben werden einige weitere Maßnahmen vorgestellt, die gezielt jene Personen involvieren können, die durch das Cannabisverbot soziale und biografische Einbrüche erfahren haben.“

Philine Edbauer, Antonia Luther und Elli Schwarz

#MyBrainMyChoice Initiative

Kostenloser PDF-Download:
www.legalisierung.info